

Laurahütte-Siemianowiker Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowice mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gepaltene mm-ZL für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gepaltene mm-ZL im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Bettreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 152 Dienstag, den 25. September 1928 46. Jahrgang

Jaleskis Pariser Mission gescheitert

Polens Erklärung zu den Räumungsverhandlungen



Warschau. „Głos Poranny“ veröffentlicht am Sonntag eine Unterredung seines Berliner Berichterstatters mit dem Außenminister Jaleski, der sich auf der Durchreise von Paris nach Warschau in Berlin einige Minuten aufgehalten hat. Auf die Frage, ob Polen an den künftigen Verhandlungen über die Rheinlandräumung teilnehmen werde, gab der Minister folgende Erklärung ab: „Die Abfassung des amtlichen Genfer Berichtes über die Konferenz der beteiligten Mächte in der Frage der Rheinlandräumung lasse für Polen die Hoffnung zu, daß seine Interessen hierbei gewahrt bleiben würden.“ Außenminister Jaleski ist am Sonntag mit dem Berliner Zug um 9 Uhr früh in Warschau eingetroffen.

des Räumungsvertrages ein Mittel gefunden werde, um auch Polen mit unterzeichnen zu lassen, denn man müsse Deutschland den Eindruck nehmen, als habe es nachher vollkommen freie Hand gegen Polen. Die Sicherheit am Rhein sei nie wirklich garantiert, wenn sie nicht durch die Sicherheit an der Weichsel ergänzt werde.

Jaleski hat aber augenblicklich in Paris kein Glück. Briand hat bis jetzt noch nicht die Zeit gefunden, ihn zu empfangen, und dazu jagt ihm heute die „Volontee“ einige sehr unangenehme Wahrheiten: „Polen irre sich, wenn es glaubt, daß Frankreich bei jedem Schritt, den es tue, seine Meinung einholen müsse. Polen irre sich noch mehr, wenn es annehme, daß Frankreich die Locarno-Politik seiner Freundschaft zu Polen opfern werde und Polen irre sich zum dritten Male, wenn es in der Rheinlandbesetzung eine Garantie für seine eigene Sicherheit sehen wolle. Polen, das sich in sehr delikater Lage zwischen Deutschland und Rußland befinde, dürfe keineswegs weiterhin eine übertriebene Prestigepolitik betreiben und etwa in seiner außenpolitischen Haltung die Fabel vom Frosch, der sich so groß wie ein Ochs aufblähen wollte, praktisch in die Tat umsetzen.“

Briand hat keine Zeit.

Paris. Der polnische Außenminister Jaleski, der auf der Rückreise von Genf in Paris Station gemacht hat, hat dem „Petit Parisien“ in einem Interview gesagt, wie sehr man es in Warschau bedauert habe, daß Polen zu den Räumungsverhandlungen in Genf nicht hinzugezogen worden sei. Polen wolle sich zwar nicht in die Verhandlungen einmischen, aber es dürfe doch wohl hoffen, daß im Augenblick der Unterzeichnung

Italien interveniert in Norwegen

Um den offiziellen Empfang der „Citta di Milano“

Dslo. Seitens der hiesigen italienischen Gesandtschaft ist an das norwegische Außenministerium die Bitte ergangen, für die am Dienstag in Bergen eintreffende „Citta di Milano“ einen offiziellen Empfang zu veranstalten. In Bergen kam es darüber zu scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der Kommunalversammlung und der Presse. Ein kommunistisches Mitglied des Stadtrates erklärte sofort im Namen der Arbeiterpartei, daß er und seine Gefinnungsgenossen keinerlei Anteil an einem derartigen feierlichen Empfang zu nehmen wünschten. Auch die Vertreter der übrigen Parteien nahmen

anfangs eine ablehnende Haltung ein, entschlossen sich aber später, dem Ersuchen nachzukommen, um außenpolitische bzw. handelspolitische Verwicklungen zu vermeiden. Die Arbeiterpartei hat sich darauf an die Einwohnererschaft gewandt und sie zu einer energischen Protestaktion aufgefordert. In der Veröffentlichung heißt es, daß niemand an dem Empfang teilnehmen dürfe, und daß man sowohl dem Stadtrat wie der italienischen Gesandtschaft zeigen wolle, wie die Bevölkerung Bergens dem Mobiler-Schiff gegenüber eingestellt sei.

Attentatsplan gegen Masaryk u. Benesch
Der tschechische Staatspräsident Masaryk hat auffallenderweise seine Teilnahme an der Enthüllung eines Denkmals für den tschechisch-slowakischen Kriegsmilitär General Stefanik abgelehnt. Wie jetzt bekannt wird, ist die Abgabe auf Grund einer Warnung der Preßburger Polizeidirektion erfolgt. Diese hatte den Plan eines Attentats Nachricht erhalten, das bei Gelegenheit der Denkmalseinweihung gegen Masaryk (rechts) und tschechisch-slowakischen Außenminister Benesch (links) ausgeführt werden sollte.

Die fremdsprachige Bevölkerung des Deutschen Reiches

Unrichtige Zahlenangabe auf der „Presse“.
Auf der Preßja-Ausstellung in Köln wird in der Ausstellung der nationalen Minderheiten die Stärke der fremdsprachigen Bevölkerung des Deutschen Reiches wie folgt angegeben: Polen 1,2 Millionen, Wenden 200 000, Friesen 20 000, Dänen 28 000, Litauern 35 000. Diese Zahlen entsprechen jedoch nicht den wirklichen Verhältnissen, wie sie allein auf Grund der unbeeinflussten Angaben der Bevölkerung bei der Volkszählung ermittelt werden können. Unter Ausschluß der ausländischen Staatsangehörigen, die in Deutschland aufhalten und die natürlich nicht zu den fremdsprachigen Minderheiten im Sinne des modernen Völkerechts zu rechnen sind, betrug, wie der amtliche Preussische Statistiker an Hand der „Statistischen Korrespondenz“ mitteilt, der letzten Volkszählung vom 16. Juni 1925 im heutigen Reichesgebiet gemäß den Zahlenangaben des Statistischen Reiches die Zahl der Personen mit polnischer Muttersprache 214 115, mit wendischer 62 462, mit friesischer mit dänischer 5222, mit litauischer 2751. Dazu kommen noch 49 926 Reichsangehörige mit masurenischer Muttersprache, die von den Vertretern des Völkertums fälschlicherweise diesem zugerechnet worden. Aber selbst, wenn man die Masuren mit Berücksichtigung, bleiben doch die Zahlen für die Polen und Litauern auf der Preßja juristisch. Auch wenn man — was in der Tat unzulässig ist — die Doppelsprachigen, d. h. die Personen, die nach ihren eigenen Angaben neben der fremden Sprache die deutsche von Kindheit auf beherrschen, den reinen Fremdsprachigen zurechnet, ergeben sich Zahlen, die die Angaben auf der Preßja noch lange nicht erreichen. Von den deutschen Reichsangehörigen hatten bei der Volkszählung vom 16. Juni 1925 als fremdsprachig angegeben: deutsch und polnisch 507 721, deutsch und wendisch 9967, deutsch und friesisch 1123, deutsch und dänisch 1000 und litauisch 2860, deutsch und masurenisch 31 172. Die Zahlen des Reiches mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in den fremdsprachigen Minderheiten im Rechtsinne gelten, folgen demnach: Polen 180 176, Masuren 543, Litauern 197, Friesen 95, Dänen 3172, Litauern 1804. Wie sehr sich die obengenannten Minderheiten mit dem deutschen Volkstum verbunden fühlen, geht aus den Ergebnissen der letzten Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 deutlich hervor. Es erhielten nämlich damals im ganzen Reich an Stimmen: Polnische Volkspartei 64 707, Wendische Volkspartei 284, Schleswiger Verein 2427, Litauische Volkspartei 200, Masurenische Volkspartei 298.

Nächste Fahrt des „Graf Zeppelin“ voraussichtlich erst am Mittwoch

Friedrichshafen. Wie der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union erzählt, findet die nächste Fahrt des „Graf Zeppelin“ nicht am Dienstag, sondern voraussichtlich erst am Mittwoch nächster Woche statt. Wohin diese Fahrt gehen wird, steht immer noch nicht fest. Ueber den teilweisen Ausfall des Funkverkehrs während der Donnerstagfahrt, wird vom Luftschiffbau Zeppelin mitgeteilt, daß kurz nach dem Aufstieg ein kleiner Transformator des Hauptsondergeräts versagte und eine Sicherung beschädigt wurde. Ein Ersatz war an Bord nicht vorhanden. Der Verkehr mit der Funkstelle im Luftschiffbau Zeppelin konnte während der ganzen Fahrt einwandfrei mit dem Notsender aufrechterhalten werden. Dagegen mußte durch den Ausfall des Hauptsenders der Telegrammverkehr wieder teilweise eingeschränkt werden.

Amerika gegen das Seetompromiß

Paris. Einer Meldung der „Chicago Tribune“ zufolge wird die amerikanische Antwort an London und Paris bezüglich des englisch-französischen Seetompromisses vom Staatssekretär Kellogg und seiner Umgebung vorbereitet. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man, daß von der englischen Regierung ausdrückliche Aufklärungen verlangt werden. Die Note bringe zum Ausdruck, daß die endgültige Stellungnahme der Vereinigten Staaten mangels besserer Informationen noch nicht möglich sei. Obgleich die Veröffentlichung des Briefes des Quai d'Orsay an seine diplomatischen Vertretungen große Erregung in Washington verursachte, ist keine amtliche Stellungnahme zu erhalten. Man ist der Ansicht, der französischen Regierung solle zunächst Gelegenheit zur Aufklärung gegeben werden.

Wie New York Herald kündigte Staatssekretär Kellogg dem Präsidenten Coolidge bereits den Entwurf der Antwortnote an, die vorbehaltlich der Zustimmung des Präsidenten an London und Paris geschickt werden soll. Wie das Blatt weiter wissen will, unterbreiten die Behörden des Staatsdepartements die Vorbereitung einer gleichlautenden Note an England und Frankreich, in der Frage des Seetompromisses, um den Wortlaut des vom Quai d'Orsay an die französischen Botschaften geschickten Briefes zu klären. Man will aus diesem Schreiben die Gewissheit erhalten haben, daß englisch-französische Programmen bei demjenigen der Vereinigten Staaten scharf entgegen gesetzt. Der genaue Inhalt der amerikanischen Note wird erst festgelegt werden, wenn Präsident Coolidge Gelegenheit hatte, selbst die Einzelheiten der jüngsten Entwicklung kennen zu lernen.



England und Griechenland verhandeln über die Balkanfragen

Der britische Ministerpräsident Baldwin ist in Paris eingetroffen, um Verhandlungen mit Venizelos zu führen, deren Ziel die Entspannung der Lage auf dem Balkan ist. — Wir zeigen Baldwin (links) mit seiner Gattin und dem britischen Botschafter in Paris, Sir William Tyrrell, im Park der Botschaft.

Der „Kraffin“ zurückbeordert

Berlin. Wie Berliner Blätter aus Moskau melden, hat der Eisbrecher „Kraffin“, der bei der Suche nach Ummanjen auf unüberwindliche Eismassen gestoßen ist, von Moskau aus Befehl erhalten, nach Veningrad zurückzukehren.

